

Vorlage Nr.: PDS/001		14.02.2000	
Berichtsvorlage		öffentlich	
für den	Berichterstatter	Sitzung am	TOP
Kreistag	Landrat	13.03.2000	22

**Anfrage des Kreistagsmitgliedes Detlev Beyer-Peters (PDS) vom
27.01.2000
Zwangsarbeiter(innen) im Kreis Recklinghausen**

Beschlussvorschlag:

Erläuterungen zur Sach- und Rechtslage:

(Bei Maßnahmen mit Auswirkungen auf Umwelt, Gleichstellung oder Finanzen ist in den Erläuterungen darauf besonders einzugehen)

Die Anfrage des Kreistagsmitgliedes Detlev Beyer-Peters (PDS) vom 27.01.2000 ist als Anlage beigefügt.

Die Fragen werden wie folgt beantwortet:

Frage 1

In einem Schreiben vom 29.11.1999 lehnten Sie es u.a. mit folgender Begründung ab, Anträge der PDS zur Thematik der Zwangsarbeit im Kreis Recklinghausen in die Tagesordnung der Kreistagssitzung am 14.12.1999 aufzunehmen: „Nicht zu klären wäre bis zur Sitzung Ihre Behauptung, dass der Kreis Recklinghausen Zwangsarbeiter(in-nen) beschäftigt hat“.

a) In welchem Zeitraum und auf welche Weise wäre diese Frage zu klären?

Antwort

Der nicht kalkulierbare Zeitaufwand bei der Suche nach vielleicht vorhandenen Unterlagen lässt eine Terminvorgabe nicht zu.

Ämter	Sichtvermerk Amtsleiter	Sichtvermerk Dezernent	Kreisdirektor	Landrat
01	gez. Schmidt			gez. Schnipper
10	gez. Schlathöller			

Beratungs- ergebnis	☐ gemäß Beschlussvorschlag	☐ abweichender Beschluss		
	☐ einstimmig	Ja:	Nein:	Enth.:

b) Sind in der Kreisverwaltung noch Unterlagen vorhanden, die im Zusammenhang mit der Beschäftigung von Zwangsarbeiter(innen) stehen?

Antwort

Dem Kreisarchiv sind derartige Unterlagen nicht bekannt.

c) Wenn keine Unterlagen vorhanden sind: Hat es solche Unterlagen mal gegeben und wo sind diese heute archiviert?

Antwort

Die Frage kann nur mit Hilfe bereits ausgeschiedener Mitarbeiter speziell aus dem Bereich Personalwesen beantwortet werden.

Frage 2

Das „Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung der Ruhr-Universität Bochum (ZEFIR)“ und das „Institut für Stadtgeschichte Gelsenkirchen (ISG)“ betreuen derzeit die Vorstudie „Zwangsarbeit in westdeutschen Kommunen“.

a) Ist der Kreisverwaltung Recklinghausen bekannt, dass diese Institutionen händierend Städte und Regionalkörperschaften in NRW für die Zusammenarbeit im Rahmen ihrer Vorstudie zu gewinnen versuchen?

b) Haben sich diese Institutionen schon an den Kreis Recklinghausen gewandt und wenn ja, wie hat die Kreisverwaltung darauf reagiert?

c) Sieht der Kreis Recklinghausen in der Zusammenarbeit mit diesen Institutionen die Chance, in der Aufarbeitung der eigenen Geschichte in Bezug auf die Beschäftigung von Zwangsarbeiter(innen) neue Erkenntnisse zu gewinnen“

d) Besteht über die o.g. Institutionen die Möglichkeit einer Mitfinanzierung zur Aufarbeitung der eigenen Geschichte;

Antwort

Nach Auskunft des ZEFIR werden Ende März 2000 die Ruhrgebietskommunen und die Ruhrgebietskreise von dort angesprochen, um Möglichkeiten der koordinierten Zusammenarbeit auszuloten. Die vom ZEFIR ausgehende Initiative soll abgewartet werden, damit eine abgestimmte Vorgehensweise gewährleistet ist.

Frage 3

In der Stadt Marl wurde vor ca. 15 Jahren die Thematik aufgegriffen. In der Stadt Herten haben sich vor 12 Jahren Barbara Keimer und Gerd Kuhlke vom Städtischen Gymnasium der Thematik angenommen. Heute bemüht sich das Hertener Aktionsbündnis gegen Neofaschismus um eine weitere

Bearbeitung der Thematik. In der Stadt Dorsten hat erst jüngst der Bürgermeister Lambert Lütkenhorst zahlreiche Maßnahmen zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der Geschichte der Zwangsarbeiter(innen) getroffen. In der Stadt Recklinghausen hat die VHS die Federführung übernommen und heute eine Ausstellung eröffnet.

Der Kreis Recklinghausen vertritt und koordiniert als Regionalkörperschaft die Interessen von 10 Städten. In Ihrem o. g. Schreiben an die PDS meinten Sie: „Für den Kreis gehe ich daher zunächst einmal davon aus, dass wegen der näheren örtlichen Kenntnis das Thema primär eine Angelegenheit der Städte sein sollte bzw. bereits gewesen ist. Eine Arbeitsgruppe etc. des Kreises, die Sie beantragen, könnte somit im wesentlichen allenfalls die Ergebnisse der Bearbeitung in den Städten „einsammeln“.“

a) Welche Hindernisse bestehen, die Geschichtsforschung der einzelnen Städte kreisweit zu koordinieren und die Ergebnisse aus Kreisebene zusammenzufassen?

Antwort

Für die Koordination eines solchen Vorhabens stehen derzeit weder Personal noch Haushaltsmittel zur Verfügung.

Frage 4

Die Problematik der Entschädigung der Zwangsarbeiter(innen) rückt immer mehr in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Auch die öffentlichen Betriebe könnten sich an einer Bundesstiftung zur Entschädigung für NS-Zwangsarbeit beteiligen. In Ihrer o.g. Antwort an die PDS schreiben Sie: „Im übrigen wären die mit Ihrem Anliegen verbundenen Kosten eine freiwillige Leistung, die den unter Haushaltskonsolidierung stehenden kreisangehörigen Städten, die sie über die Kreisumlage bezahlen müßten, m.E. nicht zumutbar ist. Als Kommunalaufsicht habe ich den Städten freiwillige Leistungen ohne gleichzeitige Kompensation zu verwehren.“

a) Hat sich der Deutsche Städtetag schon mit der Frage der Beteiligung an einem bundesweiten Entschädigungsfonds beteiligt?

b) Welche Möglichkeit hätte der Kreis Recklinghausen, beim Deutschen Städtetag auf eine Unterstützung des bundesweiten Entschädigungsfonds durch alle Kreise und Gemeinden hinzuwirken?

c) Gab es schon eine Abstimmung mit den Städten im Kreis Recklinghausen bezüglich ihrer Bereitschaft, über eine Beteiligung an einem Entschädigungsfonds?

Antwort

Der Kreis ist nicht Mitglied des Deutschen Städtetages sondern des Deutschen Landkreistages. Aus den beigefügten Rundschreiben des Deutschen und des Bayerischen Landkreistages ist ersichtlich, dass innerhalb der kommunalen Spitzenverbände noch keine abgestimmte einheitliche Linie zur Vorgehensweise vorliegt. Für das weitere Verfahren wird die endgültige Position des Landkreistages abgewartet.

Frage 5

Der Kreis Recklinghausen ist seit 1915 Mehrheitsgesellschafter der Vestischen Straßenbahnen GmbH.

a) Ist der Kreisverwaltung bekannt, dass während der Zeit des zweiten Weltkrieges bei der „Vestische Kleinbahnen GmbH“ etliche Zwangsarbeiter beschäftigt waren?

Antwort

Nein

b) Welche Möglichkeiten sieht die Kreisverwaltung, auf die Gesellschaft mit dem Ziel einzuwirken, dass diese die Geschichte der Zwangsarbeit für ihren Betrieb aufarbeitet, die Schicksale der Zwangsarbeiter(innen) klärt und sich an der Entschädigung der noch lebenden, ehemaligen Zwangsarbeiter(innen) beteiligt?

Antwort

Die Möglichkeiten werden im Rahmen des ZEFIR-Projekts geprüft (s. Antwort zu 2) und mit dem kommunalen Spitzenverband abgestimmt.

Frage 6

In den 10 Städten des Kreises Recklinghausen gab es im Zeitraum zwischen 1940 und 1945 ca. 55 Lager für Zivil- und Zwangsarbeiter(innen) vorwiegend aus der Sowjetunion. Hier mußten ca. 25.000 Menschen unter katastrophalen Bedingungen leben. Sie arbeiteten unter unmenschlichen Bedingungen für einen Hungerlohn in zahlreichen Betrieben. Hierzu zählen z.B.: Zeche Fürst Leopold Baldur, Zeche Schlaegel & Eisen, Zeche Ewald, Zeche Westholt, Zeche Erin, Zeche Ecker, Zeche Graf Schwerin, Zeche Victor, Zeche Ewald Fortsetzung, Zeche General Blumenthal, Zeche Recklinghausen, Zeche König Ludwig, Zeche Waltrop, Gewerkschaft Emscher, Zeche Auguste Viktoria, Zeche Brassert, Zeche Matthias Stinnes, Zeche Möller, Zeche Moltke, Zeche Zweckel, Bunawerke, Chemische Werke Hüls, Degussa Hüls, Stewing, Dorstener Eisengießerei, Ziegelei Janninghoff & Co. in Haltern, Ziegelei Korff & Co. in Haltern, Ziegelei Gertz & Co. Recklinghausen, Rheinische Stahlwerke in Marl, Westfälisch-Anhaltische Sprengstoff-AG, Rheinische Bau- und Kristall-Sandwerke, Sandwerke Jung, Reichsbahnausbesser-

rungswerk Recklinghausen, Reichbahnmeisterei Dorsten, Stevens & Schürholz Dorsten, Munitionsanstalt Dorsten, Dorstener Drahtwerke, Bischoff Werke Recklinghausen, Wasserwerk Haltern, Rütgerswerke AG, Hydrierwerke Scholven in Gladbeck, Bauernschaft, Arbeitsgemeinschaft der Gemüseerzeuger Waltrop, Maschinenfabrik Heese, Schweisfurth KG usw.

Immer mehr Betriebe ringen sich dazu durch, dieses dunkle Kapitel in ihrer Geschichte aufzuarbeiten. So hat erst jüngst die Degussa-Hüls die Humboldt-Universität Berlin beauftragt, die Historie des Unternehmens in der Nazizeit zu klären.

a) Welche Möglichkeiten sieht die Kreisverwaltung, noch bestehende Betriebe oder deren Rechtsnachfolger im Kreis Recklinghausen zu motivieren, ihre Firmengeschichte aufzuarbeiten und sich an dem bundesweiten Entschädigungsfond zu beteiligen?

Antwort

Keine

b) Welche Möglichkeiten sieht die Kreisverwaltung, die Geschichtsaufarbeitung im Auftrag von Betrieben im Kreis Recklinghausen zu übernehmen bzw. zu koordinieren und die Ergebnisse auf Kreisebene zusammenzufassen?

Antwort

Keine. Für die Übernahme oder Koordination eines solchen Vorhabens stehen derzeit weder Personal noch Haushaltsmittel zur Verfügung.